

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/2021

Mai 2021

1. Mai – Kampf für den proletarischen Internationalismus:

Kampf gegen den verschärften Abschiebeterror des deutschen Staats!

Der Kapitalismus ist international. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft auf dem „Arbeitsmarkt“ als Ware anbieten und verkaufen. Gerade aus den vom Imperialismus abhängigen Ländern suchen diese dort Arbeit, wo sie scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger und extrem elende Lebensbedingungen in vielen Ländern sind wesentliche Gründe, außerhalb des Herkunftslandes ihren einzigen Besitz, die Arbeitskraft, auf dem Markt in anderen Ländern anzubieten und zu verkaufen.

Die „moderne Völkerwanderung“ ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung dort, sie ist auch Resultat reaktionärer Kriege, welche insbesondere von den imperialistischen Großmächten geschürt werden, sowie von fürchterlichen Massenmorden. An der Haltung zur Migration scheiden sich die Geister.

Auf der einen Seite stehen die pseudolinken, deutschnationalistischen und europäisch-chauvinistischen Kräfte, die sich auf die gerade in Deutschland stark ausgeprägte arbeitendaristische Oberschicht der proletarischen Klasse orientieren, die ihre Privilegien vor allem der Teilhabe an der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in abhängigen Ländern verdankt. Sie hetzen, dass einzig und allein die Migration schuld an niedrigen Löhnen sei, dass Immigrantinnen und Immigranten den „deutschen Familienvätern“ die Arbeit wegnehmen würden und deren Zuzug nach Deutschland oder in die EU rigide begrenzt werden müsse und es da ohne Abschiebungen nicht abgehe.

Auf der anderen Seite stehen die proletarisch-internationalistischen Kräfte. Diese orientieren sich auf die untersten

Schichten der proletarischen Klasse, die in Deutschland zu einem großen Teil migrantischer Herkunft sind, vielfach Tagelöhnerinnen und Tagelöhner aus anderen Ländern ohne jegliche Rechte.

International geht es um die Orientierung auf die „Verdammten dieser Erde“, die in abhängigen Ländern gerade auch vom deutschen Imperialismusbrutal ausgebeutet werden. Die Losung „Proletarier/Proletarierinnen aller Länder, vereinigt euch!“ ist mit keinerlei Beschränkung der Migration vereinbar. Die „moderne Völkerwanderung“ mit all ihren fürchterlichen Begleiterscheinungen für die Fliehenden ermöglicht und erleichtert, wenn diese Frage richtig angepackt wird, den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, knüpft Beziehungen in alle Länder und kann den Klassenkampf

Schlaglichter auf internationale Streiks und Protestbewegungen 2021

Indien

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Toyota-Fabrik in Bidadi (Großraum Bangalore) waren drei Monate im Streik. Diesen beendeten sie am 4.3.2021. Auslöser des Streiks war, dass die Kapitalisten die Taktzahl bei der Arbeit erhöht haben. Statt alle 3 Minuten sollte nun alle 2,5 Minuten ein Auto vom Band gehen. Dagegen richtete sich der Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter. Ca. 40 Protestierende wurden entlassen. Daraufhin traten 1.200 der 3.500 Arbeiterinnen und Arbeiter in einen Streik. Der Streik wurde mit Hungerstreiks und täglichen Protesten vor dem Werkstor unterstützt. Die Kapitalisten reagierten mit Aussperrung aller 3.500 Beschäftigten. Am 12.1.2021 boten die Kapitalisten an, die Aussperrung aufzuheben, wenn die Beschäftigten die Arbeit wieder aufnehmen. Aber sie hatten keinen Erfolg mit ihrem „Angebot“. Mit ihrem dreimonatigen Streik erreichten die Arbeitenden, dass ihnen der wegen des Streiks und der Aussperrung entgangene Lohn vom 10.11.2020 bis zum 1.3.2021 bezahlt wird und die Entlassungen rückgängig gemacht wurden. Am 4.3.2021 wurde der Streik beendet.

In Indien gibt es seit Monaten Proteste von Millionen von Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiterinnen und Landarbeitern gegen drei im September 2020 eingeführte Landwirtschaftsgesetze sowie vier neue Arbeitsgesetze. Diese forcieren eine kapitalistische Landwirtschaft, welche den Ruin und die Verelendung der großen Masse der Bäuerinnen und Bauern beschleunigt. Die landwirtschaftlich Produzierenden sollen noch mehr und ganz direkt den großen Konzernen unterworfen werden, so durch die sogenannte „Vertragslandwirtschaft“, welche den landwirtschaftlich Produzierenden die Preise und Produktionsbedingungen von A bis Z diktiert. Ein Höhepunkt war der Protesttag am 27.1.2021, dem sogenannten „Nationalfeiertag“. Hunderttausende beteiligten sich an den Protesten. Diesen schlossen sich auch viele Arbeiter und Arbeiterinnen an. Aus vielen Bundestaaten kamen Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiter und Landarbeiterinnen nach New Delhi und versammelten sich vor der Stadt. Bereits am 26.1. 2021 durchbrachen Traktoren Polizeisperren, um ins Stadtzentrum zu gelangen. Die Polizei reagierte brutal und erschoss einen Traktorfahrer. Auch das „Angebot“ der Regierung, die Gesetze für 18 Monate zu stoppen und neu zu verhandeln konnte, die Proteste nicht aufhalten. An den Protesten beteiligen sich auch viele Bäuerinnen, die sich dagegen zur Wehr setzen, dass ihnen als nichtverheiratete Frauen das Land gestohlen wird.

Weiter auf S. 2

Gegen den deutschen Nationalismus und europäischen Chauvinismus!

Argentinien

Im März 2021 kam es im Hafen von Buenos Aires zu einem viertägigen Streik gegen kapitalistische Rationalisierung, damit verbundene Intensivierung der Ausbeutung und Sozialabbau. Die argentinische Regierung plant, künftig den Hafen von Buenos Aires nur noch durch zwei Firmen betreiben zu lassen. Dadurch soll der Hafen rentabler für die Kapitalisten werden. Die Hafendarbeiter und -arbeiterinnen wehren sich gegen diese reaktionäre Regierungsmaßnahme, da diese Arbeitsrecht außer Kraft setzt und die Löhne unter den Mindestlohn fallen lässt. Die im Hafen verbleibenden Firmen wollen die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr selbst beschäftigen, sondern nur mehr über Leiharbeitsverhältnisse. Unter dem Druck des Streiks hat die Regierung die Maßnahmen zunächst aufgehoben. Die 600 Arbeiterinnen und Arbeiter fürchten aber weiterhin um ihre Arbeitsplätze, da nun die Konzession für ein Terminal ausläuft. Der Gewerkschaftsführung haben die Arbeiterinnen und Arbeiter vorgeworfen, sie bei alledem verkauft zu haben. Daher haben sie am 7.4.2021 beschlossen, das Terminal 5 des Hafens eigenständig zu bestreiken. Die Blockaden des Hafens halten bis heute (Stand 17.4.2021) an. Die Streikenden vernetzen und koordinieren sich mit anderen, die in Buenos Aires kämpfen. Die Forderungen der Streikenden lauten: Für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Festanstellungen für die 300 als Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen beschäftigten.

Frankreich

Seit dem 4.1.2021 befinden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter der Raffinerie von Total in der Nähe von Paris im unbefristeten Streik. Total hatte schon im Dezember versucht, mit den Vorbereitungsarbeiten für die Schließung der Raffinerie zu beginnen. Dagegen richtet sich der Streik. Total versuchte in der Presse die Raffinerieschließung als Umweltschutzmaßnahme zu verkaufen. Der Streik dauert unseres Wissens bis heute an.

Seit Ende letzten Jahre protestierten jeden Samstag Tausende in verschiedenen Städten Frankreichs gegen das geplante Sicherheitsgesetz. Dieses Gesetz verbie-

tet, dass Polizeieinsätze bei Demonstrationen gefilmt und weiterverbreitet werden. Als Höchststrafe drohen 5 Jahre Haft und eine Geldstrafe von 75.000 Euro. Am 16.1.2021 gab es landesweit 80 Kundgebungen. Daran nahmen insgesamt zirka 200.000 Protestierende teil. In einigen Städten wurden die Demonstrationen mit Tränengas von der Polizei angegriffen. Die Verabschiedung des Gesetzes am 15. April 2021 konnte nicht verhindert werden. Unter dem Druck der Proteste wurden lediglich ein Artikel etwas „umgeschrieben.“ Das „Teilen von Bildern“ wird als Delikt nicht mehr ausdrücklich erwähnt.

Iran

Seit Jahres Beginn 2020 gibt es im Iran eine massive Streikbewegung in den Fabriken. So streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zuckerfabrik Hafttapeh ab dem 23.6.2020 mehr als zwei Monate lang wegen ausstehender Lohnzahlungen. Im August traten ca. 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Öl- und -Gasfelder in den Streik, nachdem einer ihrer Kollegen bei 50 Grad Celsius am Arbeitsplatz an Hitzschlag gestorben ist. Ein Untergrundstreikkomitee wurde gegründet, das wöchentlich Streikbulletins herausgab. Der Streik dauerte über vier Wochen.

Italien

40.000 Beschäftigte von Amazon in Italien legten am 22.3.2021 für 24 Stunden die Arbeit nieder. Das waren 75 % aller bei Amazon in Italien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Streik richtete sich gegen die ausbeuterischen Arbeitsmethoden. Bereits im Februar hatten die Amazon-Fahrer in Vigonza gestreikt.

Marokko

In Marokko streikten vom 23.3. bis zum 5.4.2021 die Lehrer und Lehrerinnen. Ihr Ziel ist es, für ihre Kollegen und Kolleginnen mit lediglich befristeten Verträgen Festanstellungen durchzusetzen. Mit sogenannten Corona-Auflagen versucht der marokkanische Staat die Proteste zu verhindern. Das gelingt ihm nicht. Auch von der Polizeigewalt lassen sich die Streikenden nicht einschüchtern. Die Polizei setzte am 15.3.2021 gegen 15.000 Lehrerinnen und Lehrer Was-

serwerfer und Tränengas ein, die den Platz vor dem Parlament blockierten. Die Regierung drohte allen Streikenden mit Entlassung. Dennoch ging der Streik weiter.

Spanien

Am 15.2.2021 beschlossen die Beschäftigten der Röhrenfabrik Tubacex in Ilodio bei Bilbao den unbefristeten Streik gegen die Entlassungspläne der Kapitalisten. 150 Kolleginnen und Kollegen sollen den Arbeitsplatz verlieren. Bereits im Oktober 2020 gab es Warnstreiks. Alle Beschäftigten beteiligten sich an dem Streik. Am 23.2.2021 griff die Polizei die Streikenden an und verschaffte Streikbrechern den Zutritt zum Werksgelände. Am 8.3.2021 zog ein Demonstrationzug von Frauen zum internationalen Frauenkampftag vor das Werkstor. Ca. 200 Frauen verhinderten mit einer Sitzblockade, dass Streikbrecher das Fabrikgelände betreten konnten.

2.000 bis 3.000 Landarbeiterinnen und Landarbeiter in Andalusien streikten Ende Januar 2021 fünf Tage lang. Sie waren erfolgreich. Sie erhalten künftig wenigstens den Mindestlohn von 7,43 Euro. Ihre Beschäftigungsverhältnisse werden in unbefristete Verträge umgewandelt. Drei entlassene Streikende werden wiederingestellt. Auch Betriebsratswahlen konnten endlich durchgesetzt werden.

Südafrika

Am 24.2.2021 wurde in Südafrika ein Protest-Generalstreik durchgeführt. „It's time to fight back“ war das Motto des Aufrufs. Anlass war u.a. ein von der südafrikanischen Regierung geplantes Gesetz, das die Reduzierung der Löhne im öffentlichen Dienst vorsieht. Weitere Forderungen waren ein höherer Mindestlohn und ein bedingungsloses Grundeinkommen. 32,5 % der Südafrikanerinnen und Südafrikaner sind erwerbslos. Die Polizei versuchte die Demonstrationen durch zahlreiche Corona-Auflagen zu unterbinden und abzuwürgen. Das ist nicht gelungen. In mehreren Städten fanden große Demonstrationen statt, so in Kapstadt und Johannesburg.

Quellen: labournet.de, junge Welt, Neues Deutschland

in jedem Land stärken und befruchten. Dazu müssen wir als kommunistische Kräfte hier in Deutschland als einem imperialistischen Land, einer imperialistischen Großmacht, in der Tat beweisen, dass wir dem deutschen Imperialismus auf allen Gebieten den Krieg erklären.

Durchschnittlich mehr als 25.000 Abschiebungen jedes Jahr seit 2015

Kein Zweifel, die Machthabenden in Deutschland ziehen die Schrauben ihrer menschenrechtsfeindlichen, reaktio-

nären Politik gegen Migrant*innen und Refugees weiter an. Der von den Herrschenden verhängte Corona-Ausnahmestand wird gerade auch genutzt, um weiter und verstärkt Abschiebungen durchzuführen. Wenn dies nicht reibungslos gelingt oder verhindert werden kann, so liegt das einzig und allein am Widerstand der Menschen, die abgeschoben werden sollen sowie an den Protesten solidarischer Menschen und Initiativen dagegen. Es ist dringend nötig, den Widerstand gegen alle und jegliche Abschiebungen zu verstärken. Das zeigt der Blick auf die brutale Realität der deutschen Abschiebungspolitik.

In den sechs Jahren von 2015 bis 2020 wurden nach offiziellen Regierungsangaben (zuletzt vom 2.3.2021 auf Grund einer parlamentarischen Anfrage) insgesamt über 125.000 Menschen abgeschoben. Das sind im jährlichen Schnitt über 25.000 Abschiebungen. Nach einem vorübergehenden Rückgang im Jahr 2020 läuft die Abschiebemaschine des deutschen Staatsapparats seit Ende des letzten Jahres wieder auf Hochtouren. Eine Aktionsgruppe gegen Abschiebungen aus Berlin zählte seit November 2020 75 Sammelabschiebungen per Charterflug. Auch die monatlichen „Sammelabschiebungen“ nach Afghanistan werden nach

zeitweiliger Aussetzung seit Dezember 2020 wieder durchgeführt. Am 7. April 2021 erfolgte die 38. Sammelabschiebung nach Kabul mit 20 Geflüchteten. Dagegen protestierten 500 solidarische Menschen am Flughafen Schöneberg/Berlin. In Afghanistan erwartet die Abgeschobenen unbeschreibliches Elend, Verfolgung, wenn nicht der Tod.

Abschiebungen, darunter viele Sammelabschiebungen, erfolgen ständig auch in andere Länder, so zum Beispiel von Roma nach Serbien oder in den Kosovo. Nur ein Beispiel ist die Abschiebung einer achtköpfigen Roma-Familie mit einem chronisch kranken Kind nach Serbien. Dort werden Roma enorm diskriminiert und sind gezwungen, in Elendsverhältnissen zu leben. Im Juli 2020 fand in Zusammenarbeit mit Frontex die erste „Langstreckenabschiebung“ von 19 Pakistanerinnen und Pakistanern nach Islamabad in Pakistan statt. Nun erfolgen mindestens monatliche „Sammelabschiebungen“, die reihum von den Bundesländern durchgeführt werden.

Die Abschiebungen sollen weiter verstärkt werden. Das zeigt z. B. auch die Tatsache, dass in Hessen seit Februar 2021 die Haftplätze im Abschiebegefängnis Darmstadt vervierfacht wurden.

Beispiele für den Abschiebeterror des deutschen Staats und Proteste dagegen

Ob hier in Deutschland geboren oder nicht, ob alt und krank oder jung und gesund, ob verheiratet oder nicht, ob erwerbstätig oder nicht, mit eiskalter deutscher Bürokratenlogik wird alles nach „Abschiebegründen“ durchforstet. Und bei wem irgendein „Abschiebegrund“ festgestellt wird, kommt auf die Abschiebelisten. Zumeist werden die Betroffenen dann in Nacht-und-Nebel-Aktionen zuhause, bei der Arbeit, in der Schule überfallsartig festgenommen. Sie kommen in Abschiebehaft und werden dann zwangsweise ins Flugzeug gesetzt. Dafür nur einige Beispiele, an deren Stelle Hunderte, ja Tausende andere stehen könnten.

► Der 31 Jahre alte Kurde Mutlu B. wurde am 2. März 2021 vom Frankfurter Flughafen in die Türkei abgeschoben. Mutlu B. ist in Deutschland geboren und hat das Sorgerecht für seine

minderjährige Tochter. Mutlu ist somit „Inländer“. Er spricht kein Türkisch und ist nur nach der deutschen nationalistisch-rassistischen Abstammungsideologie ein „Ausländer“. Sein „Fehler“ war, dass er die deutsche Staatsbürgerschaft nicht beantragt hat. Dies war der Vorwand, um ihn abzuschicken, um ihn wie ein Gepäckstück in einem Flugzeug zu transportieren, wurden ihm die Augen verbunden, ein Bauchgurt angelegt sowie Hände und Füße gefesselt, wie er später berichtete. Gegen seine Abschiebung wurde Ende Februar 2021 vor dem Abschiebeknast in Darmstadt protestiert.

► Die 60-jährige Afitap Demir, die für ihren chronisch kranken Sohn sorgt und ihn betreut, ist im Alter von 25 Jahren als politisch verfolgte Kurdin aus der Türkei geflohen. Sie lebt seit 1985 in Deutschland und hat noch weitere vier erwachsene Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit. Ihr wurde eine Haftstrafe zum Verhängnis, die sie im Knast absitzen musste, weil sie sich im Ehestreit gegen ihren gewalttätigen Mann gewehrt hat. Das Darmstädter Bündnis „Community for all“ protestierte zwei Tage vor der Abschiebung durch ein „Knastbeben“ mit über 200 Menschen vor dem mit fünf Meter hohem Stacheldraht eingezäunten hessischen Abschiebegefängnis in Darmstadt-Eberstadt.

► Sali Krasniqi, 62 Jahre alt, ist nach 29 Jahren in Deutschland am 12. Oktober 2020 zusammen mit seiner Frau Mire G. aus dem Kreis Biberach/Baden-Württemberg in den Kosovo abgeschoben worden. Dort ist er in der Nacht vom 11. März 2021 gestorben. Er hatte drei Herzoperationen hinter sich. Eine adäquate medizinische Behandlung im Kosovo war unmöglich. Das war vor der Abschiebung bekannt, ist aber nicht berücksichtigt worden. Eine Ärztin hat willfährig lediglich die Flugfähigkeit attestiert. Ein Antrag auf sofortige Rückholung im Dezember 2020 wurde vom Hessischen Regierungspräsidium und dem Innenministerium im Februar 2021 eiskalt zurückgewiesen. Die Abschiebung sei „nicht rechtswidrig“ gewesen. Sali Krasniqi ist somit einer von den ungezählten Fällen, bei denen Menschen in den Tod abgeschoben wurden.

► Die 33 Jahre alte Mimi T., die aus Äthiopien stammt, lebte seit acht Jahren

in Deutschland. Sie hatte 2009 Äthiopien verlassen, weil sie dort als Oppositionelle gegen das damalige reaktionäre Regime unterdrückt wurde. Sie wurde inhaftiert und erlitt sexuelle Gewalt. Bevor sie nach Deutschland kam, arbeitete sie als Haushaltshilfe in Dubai, wo sie geschlagen und gedemütigt wurde. Wegen ihrer schlimmen Erfahrungen ging es ihr schlecht und sie war in Nürnberg in therapeutischer Behandlung. Dennoch wurde sie im November 2020 nach Eichstätt (Bayern) in Abschiebehaft gebracht. Während ihrer mehrwöchigen Inhaftierung verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand massiv. Zuletzt konnte sie sich kaum mehr mit eigener Kraft auf den Beinen halten. In der Haft hat Mimi T. einen Suizidversuch unternommen. Mehrere Ärztinnen verneinten ihre Reisefähigkeit. Lediglich ein wahrer Schreibtischtäter, der Arzt aus der Haftanstalt Eichstätt, stempelte sie reisefähig. So wurde sie am 28.12.2020 nach Äthiopien abgeschoben. Nach der Ankunft in Addis Abeba wurde Mimi T. von den deutschen Behörden im Rollstuhl, noch immer in ihrer Gefängnis- und ohne Bargeld und ihre persönlichen Sachen, am Flughafen buchstäblich „abgestellt“. Nur durch die Unterstützung von Bekannten aus Deutschland konnte sie in Äthiopien eine Unterkunft finden.

► Der 28-jährige Omar F. aus Somalia lebt seit 2013 in Deutschland. Sein Asylantrag wurde 2017 abgelehnt und seine Klage im März 2020 abgewiesen. Seit drei Jahren arbeitete er als Maschinenführer. In wenigen Wochen hätte er Anspruch auf eine sog. „Beschäftigungsduldung“ gehabt, die vor Abschiebung schützt, und in neun Monaten, nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland, eine sog. „Aufenthalts-gewährung“ erhalten. Omar F. ging am 15. Februar 2021 ahnungslos in die Ausländerbehörde in Bad Homburg, um seine Duldung zu verlängern. Dort wurde er völlig überraschend durch Polizei verhaftet und im Abschiebeknast in Darmstadt inhaftiert. Am 17. Februar 2021 wurde er nach Mogadischu in Somalia abgeschoben. Der deutsche Staatsapparat hat „gut“ gearbeitet. Kurz bevor alle Bedingungen für ein „Aufenthaltsrecht“ erfüllt waren, wurde er gerade noch „rechtzeitig“ abgeschoben. Mit einer Kundgebung vor dem Regierungspräsidium in Darmstadt und einer Demonstration

durch die Innenstadt forderten am 12. März rund 300 Menschen, mehrheitlich aus Somalia, in Sprechchören einen sofortigen Abschiebestopp. Eine Frau aus Somalia prangerte auch die mörderische Kolonialpolitik und Deutschlands Rolle bei der willkürlichen imperialistischen Aufteilung Afrikas und dem heutigen Elend und der Unterdrückung dort an.

► Der 27-jährige Alpha Oumar Bah lebte, nach jahrelanger Flucht als Jugendlicher, seit mehr als drei Jahren in einem Geflüchtetenheim in Berlin, zuletzt mit unsicherem Aufenthaltspapier, einer sog. „Duldung“. Er nahm sich am 16.3.21 das Leben, indem er sich aus der 2. Etage des Wohnheims stürzte. Er hatte die Ausweglosigkeit seiner Lage und den psychischen Druck wegen einer angekündigten Massenabschiebung nach Guinea am 16. März nicht mehr ausgehalten – Die SPD/Grüne/Die Linke-Regierung in Berlin treibt Abschiebungen massiv voran und steht dabei bundesweit mit an der Spitze: Allein 2020 wurden allein 10 Prozent aller Abschiebungen bundesweit von Berlin aus durchgeführt. Eine Trauer- und Protestdemonstration von Aktivistinnen und Aktivisten, von Freundinnen und Freunden mit 150 Teilnehmenden vor allem afrikanischer Herkunft fand am 27. März in Berlin statt.

► Salah Tayyar, Refugee aus dem Tschad hat fast acht Jahre lang ohne sichere Aufenthaltsperspektive in Deutschland gelebt. Aus Angst vor einer drohenden Abschiebung sprang er am 11. März 2021 aus dem sechsten Stock seines Wohnhauses in Eberswalde, Kreis Barnim, in den Tod. Salah war nicht mehr mit dem psychischen Druck fertig geworden, dass das Verwaltungsgericht seinen Asylantrag ebenfalls ablehnen werde, wie das zuvor schon das BAMF getan hatte. Deutsche Abschiebepolitik hat ihn in den Tod getrieben. Die Gruppe „Barnim für alle“, ein Zusammenschluss aus Refugees und ihren Freundinnen, rief am internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2021 zu einer Demonstration in Eberswalde auf. Bestürzt und wütend über den Tod Salahs protestierten 400 Menschen am Bahnhof und vor seinem Haus. Im Aufruf „Wir sind alle Salah!“ heißt es:

„Die Verantwortung für Salahs Selbstmord tragen die deutsche Regierung, das Land Brandenburg und die lokale Verwaltung im Landkreis

Solidarität mit Nazdar Ecevit!

Die kurdische HDP-Aktivistin Nazdar Ecevit wurde am Morgen des 7. April 2021 aus einem Geflüchtetenlager in Bad Arolsen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) bei Kassel gewaltsam durch die Polizei abgeholt. Sie wurde ins Abschiebegefängnis am Flughafen Frankfurt gebracht und sollte am nächsten Tag in die Türkei abgeschoben werden. Aufgrund ihres Widerstands musste die Abschiebung abgebrochen werden. Daraufhin wurde sie im Abschiebeknast Darmstadt-Eberstadt inhaftiert.

Wegen verschiedener Aktivitäten für eine prokurdische Partei, die im türkischen Parlament vertreten war und 2009 verboten wurde, saß Nazdar Ecevit über fünf Jahre in Untersuchungshaft in der Türkei. Nach ihrer Freilassung wurde sie verletzt, als sie Verwundete während der Massaker des türkischen Militärs 2015/16 in der in großen Teilen zerstörten Stadt Cizir zu bergen versuchte. In den Kellern mehrerer Gebäude waren die dort Schutzsuchenden mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt worden. Mindestens 23 Menschen wurden ermordet.

Da Hunderte von Häusern und auch die ihrer Familie zerstört worden waren, sah Nazdar Ecevit keine Möglichkeit mehr, dort weiter zu leben und ist 2016 nach Deutschland geflohen. Nach ihrer Flucht wurde sie 2018 in der Türkei in Abwesenheit vom „Gericht für Schwere Strafsachen“ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Seit gerichtlicher Bestätigung des Urteils 2019 ist Nazdar Ecevit in der Türkei offiziell zur

Fahndung ausgeschrieben. Zudem soll sie wegen „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation“ angeklagt werden. In Deutschland beantragte Nazdar Ecevit politisches Asyl. 2017 wurde ihr Asylantrag abgelehnt. Auch die Klage vor dem Verwaltungsgericht Kassel wurde wegen angeblicher „Unglaubwürdigkeit“ und fehlender Unterlagen abgewiesen.

Das Frankfurter Amtsgericht beschloss am 12. April 2021 für sie weiterhin Abschiebehaft im Abschiebeknast Darmstadt-Eberstadt. Rund hundert Protestierende der kurdischen Community, von Geflüchteteninitiativen und andere Solidarische forderten während der anderthalb Stunden der Verhandlung im und vor dem Amtsgericht Frankfurt die Freilassung von Nazdar Ecevit aus dem Abschiebegefängnis, Abschiebestopp und keine Auslieferung in die Kerker des reaktionären Regimes der Türkei durch den deutschen Staat.

Nazdar kündigte nach der Gerichtsentcheidung an, in der Abschiebehaft in den Hungerstreik zu treten. Aufgrund der öffentlichen Proteste und einer eingereichten Petition wurde Nazdar Ecevit am 15. April aus der Abschiebehaft entlassen. Die Gefahr der Abschiebung aber bleibt. Es gilt, die Solidarität mit ihr und gerade allen von Abschiebung betroffenen fortschrittlichen Aktivistinnen zu verstärken, um ihr demokratisches Recht auf Asyl, ihr Bleiberecht durchzusetzen. Aktivistinnen und Aktivisten mobilisieren weiter!

Barnim. ... Salahs Fall ist der eines Opfers des Asylsystems, eines rassistischen Regimes, das Geflüchtete solange verfolgt und unter Druck setzt, bis sie den Selbstmord als letzten Ausweg sehen. ... Deshalb erklären wir als Barnim für alle-Gruppe unseren Widerstand gegen dieses tödliche und zerstörerische System, das Menschen auf dem Gewissen hat.“

Den Kampf gegen die Abschiebungen verstärken!

Es ist unbedingt nötig, möglichst jede einzelne Abschiebung zu verhindern. Wenn stark mobilisiert wird, wenn öffentlich protestiert wird, dann sind hier Erfolge sehr wohl möglich. Tatsache ist z. B., dass der vor fünf Jahren aufgestellte Plan, 80.000 Geflüchtete nach Afghanistan abzuschicken, durch ständige, mehr oder weniger starke Proteste in den Flughäfen bis hin zu Blockaden der Zufahrtswege erheblich durchkreuzt worden ist. Dem deutschen Abschiebestaat gelang es seit Dezember 2016 den-

noch mehr als tausend Geflüchtete ins Kriegselend nach Afghanistan zurück zu verfrachten – das sind natürlich immer noch tausend zu viel!

Tatsächlich hängt das „Damoklesschwert“ einer drohenden Abschiebung über Hunderttausenden Menschen in Deutschland. Von den rund 1,84 Millionen Frauen, Männern und Kindern, die das deutsche „Ausländerzentralregister“ Ende 2019 erfasst hatte, haben rund 1,1 Millionen Menschen einen befristeten oder einen ungeklärten Aufenthaltstitel. Sie sind von einer Einbürgerung, von der deutschen Staatsbürgerschaft (bis auf wenige Einzelfälle) ausgeschlossen. Diese Geflüchteten und Migrant*innen und ihre Kinder, auch wenn sie in Deutschland geboren sind, haben nach deutschem „Recht“ keine langfristig sichere Bleibeperspektive. Hinzu kommen noch die auf mindestens eine halbe Million geschätzten Illegalisierten, die völlig ohne Papiere hier leben und arbeiten. Alle diese Menschen sind von Ausweisung und Abschiebung

Die Partei „Die Linke“: Auf dem Weg zu einem „stinkenden Leichnam“!

Die Partei „Die Linke“ an der Regierung: „Wir schieben ab.“

Vor allem dort, wo die Partei „Die Linke“ (PdL) in der Opposition oder gar nicht in einem Parlament vertreten ist, tun deren führende Politiker teilweise so, als lehnten sie Abschiebungen ab, als seien sie tatsächlich solidarisch mit Geflüchteten und Geflüchteten-Initiativen. Das ist durch und durch verlogen. Tatsache ist nämlich: Überall dort, wo die Partei „Die Linke“ selbst an einer Landesregierung beteiligt ist, lassen sie selbst Abschiebungen durchführen - nicht anders als die anderen Landesregierungen. Das zeigt sich ganz eindeutig in Thüringen.

In der Opposition sprach sich eine Abgeordnete die Fraktion „Die Linke“ im Thüringer Landtag z. B. am 6. Oktober 2010 gegen Abschiebungen von Roma in den Kosova aus, denn **„für jeden einzelnen Menschen ist es schlimm, als Angehöriger der Roma in den Kosova abgeschoben zu werden.“** (Rede von S. Berninger im Thüringer Landtag am 6.10.2010)

In Thüringen stellt die PdL seit 2014 den Ministerpräsidenten. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit erklärte Ramelow, unter seiner Regierung würden gemäß einem **„beschleunigten Rückführungsmanagement“** weiterhin und verstärkt Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete abgeschoben. Er kündigte **„eine vierstellige Zahl“** von Abschiebungen an. **„Dazu stehe ich“**, erklärte Ramelow (Thüringer Allgemeine, 21.10.2016). Die damalige Thüringer Landesvorsitzende und heutige Bundes-Co-Vorsitzende Hennig-Wellsow pochte im Juni 2016 auf deren Parteitag ebenfalls darauf: **„Ja, Thüringen muss abschieben.“** (<http://archiv2017.die-linke.de>)

Und genau das peitscht die dortige Regierung unter Führung einer sich absurderweise „Die Linke“ nennenden Partei erbarmungslos durch – gerade auch von Roma nach Kosova. Wie sie sich in ihren Rechtfertigungen auch winden und wenden, das ändert nichts daran, was Roma Thüringen zu einer „Sammelabschiebung“ am 16. Dezember 2015 von mehreren Roma-Familien und anderen Geflüchteten aus Thüringen feststellte: **„Jede Abschiebung ist ein Verbrechen. Deshalb fordern wir einen sofortigen allgemeinen Abschiebestopp.“** (Presseerklärung von Roma Thüringen vom 19.1.2016)

Schamloser ideologischer Schulterschluss mit der AfD auf Basis des deutschen Nationalismus

Seit vielen Jahren betreibt die PdL eine deutschnationalistische Propaganda, die sich in vielen Punkten kaum noch von der AfD unterscheidet. Auch praktisch zeigt sich diese Nähe.

2015 rief Wagenknecht, damals stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, dazu auf **„Mit Pegida reden“** (FR 21.1.2015) und stellte diesen Aufruf auch gleich auf ihre eigene Homepage. Im Januar 2016 stellten sich Wagenknecht und Bartsch als Bundestags-Fraktionsvorsitzende der PdL vor die Mikrofone, wo sie sich an der damals betriebenen Hetze von bürgerlichen Politikern und bürgerlichen Medien gegen Menschen aus nordafrikanischen Ländern beteiligten. Wagenknecht erklärte: **„Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann auch verwirkt. Und das ist auch von der Linken eine ganz klare Position.“** (Pressekonferenz 12.1.2016 bei „phoenix“). Wagenknecht verwendete hier tatsächlich ein dem NSDAP-Programm von 1920 entsprechendes Vokabular. Dort heißt es: **„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter Fremden-Gesetzgebung stehen.“** (Punkt 5 des NSDAP-Programms von 1920)

Wagenknechts neues Buch: Deutsch-nationalistische Hetze gegen Migrantinnen und Migranten

Soeben in Nordrhein-Westfalen mit 60 Prozent als Spitzenkandidatin der PdL für NRW für die Bundestagswahl 2021 gewählt, legte Wagenknecht aktuell ein Buch vor, in dem sie ihre zutiefst reaktionären und vor allem deutschnationalistischen Positionen zu einem Programm „für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ bündelt, das sich vor allem auch gegen Migranten und Migrantinnen richtet. Wagenknecht fordert faktisch eine Begrenzung von Zuwanderung und arbeitet dabei mit einer Mischung aus Halbwahrheiten und Lügen.

Wagenknecht hetzt in ihrem Buch im Stil von Sarrazin und der AfD: **„Dass die Löhne in vielen Branchen um bis zu 20 Prozent sanken und selbst ein jahrelanges Wirtschaftswachstum daran nichts ändern konnte, das war allein wegen der hohen Migration nach Deutschland möglich.“** (S. 161) Schuld an Lohnkürzungen sind laut Wagenknecht also angeblich die vielen Migrantinnen und Migranten – und das auch noch "allein". Wagenknecht beschimpft hier nicht nur die Migrant*innen, sondern nimmt die Kapitalisten, die diese Lohnkürzungen in Wirklichkeit durchgeführt haben, aus der Schußlinie, ja sie werden mit keinem Wort erwähnt.

Wagenknecht geht dann auf einen weiteren **„Effekt der Zuwanderung“** ein, wie sie sich ausdrückt. Sie schreibt: **„Ein größerer Anteil an Zuwanderern in den Betrieben bedeutete [...] weniger Zusammenhalt unter den Beschäftigten und damit eine schwächere Position in Lohnauseinandersetzungen.“** (S. 155/156) Wagenknecht geht es mit ihrer deutsch-nationalistischen Grundhaltung also um den „Zusammenhalt unter den

Beschäftigten“ innerhalb der Betriebe, der angeblich den Kampf um höhere Löhne stärken würde. Aber zu den „Beschäftigten“ gehören auch Arbeiteraristokraten (Meister, Antreiber...) und Chefs, also Handlanger der Kapitalisten. Wagenknecht geht es also nicht um einen gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger gerichteten Kampf in den Betrieben, sondern um eine Art Volksgemeinschaft!

Es geht darum, einen gemeinsamen Kampf vor allem der untersten Schichten der proletarischen Klasse aller Nationalitäten zu entwickeln. Das ist ein Kampf, der sich gegen die Kapitalisten und ihre Arbeiteraristokraten richtet, gegen Lohnkürzungen und alle anderen Versuche, die Ausbeutung zu verschärfen. Solche Kämpfe gab es auch in Deutschland, daran waren Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern an vorderster Front beteiligt, ja sie haben solche Kämpfe organisiert und angeführt. Ein Blick auf die wichtigsten Streikkämpfe in Deutschland der letzten Jahrzehnte zeigt das überdeutlich.



AfD Anhalt-Bitterfeld propagiert Wagenknecht

Es ist also kein Wunder, dass die Nazis der AfD Anhalt-Bitterfeld diese faktische Übereinstimmung zwischen der PdL und der AfD in Bezug auf „Zuwanderung begrenzen“ auf Plakatwänden öffentlich erklären und dabei Wagenknecht direkt propagieren. Mag sich Wagenknecht gegen die „Einvornahme“ wehren, wie sie will. Das kann nichts daran ändern, dass es eine fundamentale Übereinstimmung der tief in der PdL verankerten Positionen Wagenknechts mit denen der AfD gibt. Wagenknecht ihrerseits hat bereits im März 2013 führende Politiker der AfD verteidigt: **„Wer die Gründer der AfD als Populisten abstempelt, macht es sich zu leicht. In vielen Punkten haben sie mit ihrer Kritik an der derzeit praktizierten Eurorettung Recht.“** (<https://www.ntv-de,29.3.2013>)

Rosa Luxemburg bezeichnete die SPD 1914 wegen ihrer deutsch-nationalistischen Unterstützung des deutschen Imperialismus im imperialistischen Ersten Weltkrieg als „stinkenden Leichnam“.

Zitate aus: S. Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm — für Gemeinsinn und Zusammenhalt“, Frankfurt/New York 2021

bedroht. Wer heute scheinbar einen gesicherten Aufenthalt hat, kann schon morgen mit Abschiebung dran sein, z. B. wenn das Herkunftsland zu einem „sicheren Land“ erklärt wird oder willkürlich irgendein anderer „Abschiebungsgrund“ hervorgezogen wird.

Jede Abschiebung verhindern, das gesamte mörderische Abschiebungs- und Abschottungssystem angreifen!

Es gilt jede einzelne Abschiebung zu verhindern. Dafür ist die Mobilisierung, das öffentlich machen, der Protest und Widerstand gemeinsam mit den von Abschiebungen Betroffenen das Wichtigste. Wer sich praktisch gegen Abschiebungen engagiert, weiß: Im Einzelfall ist es unverzichtbar, alle sich bietenden weiteren Möglichkeiten wie etwa Petitionen zu nutzen. Richtig ist selbstverständlich auch, konkret alle unmenschlichen Aspekte bei einer Abschiebung anzuprangern, z. B. dass Menschen aus ihren familiären Zusammenhängen, aus dem Beruf oder der Ausbildung herausgerissen werden, dass Menschen in Länder abgeschoben werden, die sie noch nie betreten haben, weil sie in Deutschland geboren wurden usw.

In eine fatal falsche Richtung geht es jedoch, wenn derartige konkret berechnete Gesichtspunkte zur entscheidenden Grundlage des Engagements gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht gemacht werden. Denn was ist dann mit all denen, die hier in Deutschland keine Familie und keinen Job haben, in keinem Ausbildungsverhältnis stehen und dergleichen mehr? Im Grunde beschränkt sich der Protest dann auf „Härtefälle“, während das Gesamtsystem der Abschiebungen sowie auch der Abschottung an den EU-Außengrenzen („Festung Europa“ mit zehntausenden im Mittelmeer Ertrunkenen und anderswo auf der Flucht ums Leben Gekommenen, faktisch ermordeten) im Kern nicht in Frage gestellt, nicht angegriffen wird.

Letzteres ist der Standpunkt der DGB-Führung, die damit auch im Gegensatz zu Aktivistinnen und Aktivisten an der Basis der DGB-Gewerkschaften steht, die sich wirklich solidarisch gegen Abschiebungen engagieren. So gab die DGB-Führung in einer gemeinsamen

Kampf gegen die polizeistaatlich angeordneten landesweiten Ausgangssperren unter dem Vorwand von Corona!

In einer Atmosphäre des Ausnahmezustands wird in allen Staaten der Welt getestet und abgeklärt, was der kapitalistische Staat als Repressionsmittel gegen die Masse der Bevölkerung an Verschärfung in Gesetzen und in der Praxis durchsetzen kann – auch in Deutschland.

Mit der Änderung des sogenannten „Bevölkerungsschutzgesetzes“ am 22.4.2021 wurde die staatliche Faschisierung unter dem Vorwand von Corona weiter vorangetrieben.

Die Regierung des deutschen Imperialismus hat nun ganz legal die Möglichkeit zentralstaatlich verordnet landesweite **Ausgangssperren** sowie landesweite extreme **Kontaktbeschränkungen auch im privaten Bereich** polizeilich durchzusetzen. Dies geschieht mit Hilfe einer völlig willkürlichen Festlegung (Überschreitung von 100 positiv Getesteten pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen).

Ab dem 24.4.2021 wurden dadurch die in einzelnen Städten und Gebieten des Landes eh schon vorhandenen Ausgangssperren auf ca. 80-90 Prozent von Deutschland ausgedehnt, um nun im großen Stil Ausgangssperren zu testen und zu perfektionieren.

Die Geschichte der Konterrevolution in allen Ländern ist voll von

Anwendungen dieser Repressionsmaßnahme und es hat sich gezeigt:

Bei zunehmenden Massenbewegungen, Protesten und militanten Aktionen, die nicht nur zehntausende, sondern hunderttausende Menschen umfassen, ist gerade die Verhängung einer Ausgangssperre ein wichtiges Mittel unterhalb der Ebene von Massenerschießungen und Militäreinsätzen. Ausgangssperren sind ein Instrument der Aufstandsbekämpfung.

Gegen die landesweiten Ausgangssperren gab es am 24.4.2021 in mehreren Städten wie z.B. Frankfurt, Kassel, Dresden, Hannover und Wuppertal Proteste. In Frankfurt demonstrierten 300 Menschen durch die Innenstadt, in Hannover demonstrierten 100 Menschen.

Kampf gegen die verschärfte staatliche Faschisierung!



Demonstration in Frankfurt, 24.4.2021

Erklärung mit Kapitalistenverbänden und der Regierung ihre Zustimmung, „dass diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern in unser Land kommen, unverzüglich zurückgeführt werden.“ („Für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik in Deutschland“, Oktober 2015) Hier geht es nicht nur darum, dass die DGB-Führung die Demagogie von den angeblich „sicheren Herkunftsländern“ unterstützt. Vielmehr erklärt die DGB-Führung damit ihre grundsätzliche Zustimmung, dass überhaupt abgeschoben wird, ja abgeschoben werden müsse.

Um konsequent gegen Abschiebungen, gegen das ganze Abschiebungs- und Abschottungssystem zu kämpfen und an keinem Punkt auf die Seite der Herrschenden zu geraten, sind unserer Meinung nach folgende Punkte unverzichtbar:

Wir kämpfen gegen alle Abschiebungen von Menschen, die von Imperialismus und Reaktion verfolgt werden, und für das demokratische Recht auf

Asyl. Wir kämpfen gegen jede Einwanderungsbeschränkung und für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden Menschen.

Bereits auf dem Stuttgarter Kongress der II. Internationale 1907 formulierte Karl Liebknecht die konsequente Position der proletarischen Bewegung, die nichts von ihrer Gültigkeit verloren hat. Er forderte gegen jegliche Abschiebungen und Einschränkungen des Zuzugs- und Bleiberechts

„die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in Bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“

(Karl Liebknecht, „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“, 1907, Gesammelte Reden und Schriften, Band II, Berlin 1960, S. 73)

